

KOMMENTAR

»ZWEI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

WINTERKORN

Schon im September 2015 habe ich geschrieben, dass Martin Winterkorn sich schon einmal darauf einrichten sollte, seinen Lebensabend auf einem Golfplatz auf der Krim zu verbringen. Seine Mitschuld am Dieselskandal war für Kenner des VW-Konzerns allzu offensichtlich. Dass sich nach einer unambitionierten Aufklärung durch das Unternehmen die amerikanische Justiz wieder melden würde war klar. Jetzt lautet die Anklage Verschwörung. Das heißt Herr Winterkorn muss wissen, dass er bei einer Interpol-Fahndung auch bei einer Reise nach Österreich in Auslieferungshaft genommen werden kann. Und ob er sich auf Herrn Söder verlassen kann oder ob der ihn bei der nächsten Abschleppungswelle mit ins Flugzeug setzt, sollte sich Herr Winterkorn reichlich überlegen.

HEIKO MAAS: AFRIKA WIRD NICHT VERGESSEN!

In der Außerdarstellung der neuen Bundesregierung hat man bislang in den ersten Wochen nur den Innenminister und den Gesundheitsminister von der Union wahrgenommen, die den Wahlkampf auch in der Regierung noch weiterführen wollen. Von SPD-Seite haben sich inzwischen Hubertus Heil und Franziska Giffey mit ihrem Renten- und Kitaprogramm an das Bohren dicker Bretter gemacht. Heiko Maas hat sich vorbei an der Meinung seiner Partei und der großen Mehrheit der Bevölkerung mit seiner atlantischen und Anti-Russland-Haltung profiliert. Obwohl er damit zum Liebling der Kommentatoren von Bild und FAZ geworden ist, wird er sicher noch bereuen, sich so präpotent aus dem Fenster gehängt zu haben. Jetzt war er in Addis Abeba und hat dort großspurig verkündet: »Afrika wird nicht vergessen!« Das finde ich außerordentlich richtig und lobenswert. Viel zu lange haben wir die dramatischen Verhältnisse in Afrika ignoriert und sind unseren eingegangenen Entwicklungshilfeverpflichtungen nicht ausreichend nachgekommen. Daher wäre es richtig und wichtig gewesen, wenn der Außenminister seinem Kollegen Müller im Kabinett beigesprungen wäre und auch eine drastische Erhöhung der Entwicklungshilfe beim Schwarze-Null-Finanzminister gefordert hätte. Das wäre mal ein sichtbares Signal für eine neue sozialdemokratische Haltung in der GroKo gewesen. Aber die SPD-Fraktion kann das ja noch in den Haushaltsberatungen korrigieren. Andrea Nahles wird das sicher im Blick haben: Weder die alte noch die erneuerte SPD will eine Erhöhung des Rüstungsetats, aber sich dafür einzusetzen, dass »Afrika nicht vergessen« wird, ist sicher im Sinne der »neuen« SPD!

BUNTES AUS BERLIN

55. BERLINER THEATERTREFFEN

Am heutigen Freitag, 4. Mai wird mit dem »Faust« in der Regie von Frank Castorf das 55. Berliner Theatertreffen eröffnet. Die siebenstündige Aufführung wird während der Theatertage fünf Mal aufgeführt werden. Während des Festivals werden verschiedene Puppenspiele, Musiktheater, Theater und theatrale Installationen gezeigt. Im Mittelpunkt des Festivals stehen die zehn bemerkenswertesten Inszenierungen der Saison, die jährlich von einer Kritikerjury aus rund 400 Inszenierungen ausgewählt werden. Weitere Inszenierungen sind unter anderem: Rückkehr nach Reims (Schaubühne am Lehniner Platz), Beute Frauen Krieg (Schauspielhaus Zürich), Trommeln in der Nacht (Münchner Kammerspiele), Am Königsweg (Deutsches Schauspielhaus Hamburg), Die Odyssee (Thalia Theater, Hamburg), Woyzeck (Theater Basel), Mittelreich (Münchner Kammerspiele & Anta Helena Recke), Die Welt im Rücken (Burgtheater, Wien). Noch bis zum 20. Mai im Haus der Berliner Festspiele, Schaperstraße 24, 10719 Berlin.



9 VON 10 INTERNET-NUTZERN NUTZEN MESSENGERDIENSTE

Der Internetverband Bitkom hat in einer neuen Umfrage festgestellt, dass neun von zehn Internetnutzern regelmäßig Kurznachrichtendienste wie WhatsApp, Facebook Messenger oder iMessage nutzen (89 Prozent). Bei jüngeren Nutzern von 14 bis 29 sind es sogar 98 Prozent. »Messenger-Apps sind für viele zu einer Selbstverständlichkeit auf dem Smartphone geworden. Auch immer mehr ältere Menschen nutzen Kurznachrichtendienste, um ihre persönlichen Kontakte zu pflegen – gerade auch zu ihren Kindern und Enkeln«, sagt Adrian Lohse, Referent Consumer Technology beim Bitkom.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult
GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

DIE EU-KOMMISSION HAT EINEN MUTIGEN ENTWURF VORGELEGT



Foto: Susie Knoll
Von Achim Post, SPD-Fraktionsvize,
Bundestagsabgeordneter

Die EU-Kommission hat einen mutigen Entwurf vorgelegt. Wir stehen zwar erst am Anfang der Verhandlungen, die grundlegende Stoßrichtung stimmt aber: Europa fit machen bei den Aufgaben, die wir als Europäer nur gemeinsam lösen können.

Mehr Investitionen in Wachstum, mehr Jobs und Austauschmöglichkeiten gerade für junge Menschen, ein besserer Zusammenhalt in der Eurozone, ein gestärkter europäischer Grenzschutz und eine handlungsfähige Außenpolitik sind einige der Prioritäten, auf die es jetzt ankommt. Dafür ist Deutschland auch zu höheren eigenen Beiträgen bereit.

Ein handlungsfähiges Europa ist im elementaren Interesse Deutschlands. Schließlich ist Deutschland politisch und wirtschaftlich der größte Gewinner der

europäischen Einigung. Die ewige Net-zahlerdebatte jedenfalls ist schon seit langem eine Lebenslüge.

Wir dürfen die Debatte nicht den Bedenkträgern, Blockierern und Europa-Skeptikern überlassen. Wer so tut, als sei jeder Euro für Europa ein Euro zu viel, der versündigt sich an den Zukunftschancen unseres Landes.

Auch bei den Vorschlägen der Kommission zur Stärkung und Stabilisierung der Eurozone sollten wir jetzt nicht reflexartig Nein sagen. Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf das Ziel verständigt, einen Investitionshaushalt für die Eurozone aufzubauen, beginnend mit entsprechenden Haushaltsmitteln im nächsten EU-Haushalt. Das entspricht weitgehend auch dem Ansatz der Kommission.

Ich begrüße zudem, dass die Kommission Vorschläge für neue Finanzierungsformen für die EU macht. Die Debatte darüber ist überfällig und dem Grundsatz nach richtig. Eine europäische Lösung bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zusammen mit einer gemeinsamen Bekämpfung von Steuer-Vermeidung könnte der EU eigene Mittel bringen – und damit langfristig auch zu einer Entlastung der einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Unser Ziel ist ein Aufbruch für Europa – da müssen wir nicht nur mutige Fragen stellen, sondern auch mal zu neuen Antworten kommen. Ich würde mir wünschen, dass diese Erkenntnis auch bei der Union im Verlauf der weiteren Debatte noch reift.

TALANOA-DIALOG GESTARTET

Die diesjährige Klimagipfel-Vorbereitungskonferenz in Bonn ist gestartet und geht noch bis zum 10. Mai. Der Dialog erfolgt in Form des gegenseitigen Erfahrungsaustausches ohne Schuldzuweisungen, einem Talanoa-Dialog und ermöglicht so Staaten, Städten, Regionen, Verbänden und Klima-

schutzorganisationen ihre Beiträge kundzutun. Gemeinsam wird so unter anderem ein Maßnahmenfahrplan gesucht um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Die Ergebnisse sollen helfen, bei der nächsten Klimaschutzkonferenz in Katowice politisches Handeln anzustoßen.

RUSSLANDS WIRTSCHAFT LEIDET UNTER AKTUELLER POLITIK

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat ein Positionspapier verabschiedet, in dem er sich besorgt über die aktuellen Auswirkungen der Anfang April verabschiedeten US-Sanktionen zeigt. So heißt es in dem Papier, dass sich die Konjunkturerwartung für die russische Wirtschaft eintrübt und deutsche Exporte sinken. Die ursprünglich für 2018 erwarteten Wirtschaftszahlen, die 1,5 Prozent Wachstum vorsahen, müssten wohl korrigiert werden.

Nach dem Eintritt der Sanktionen brach zudem der Rubel-Kurs ein. Damit dürften sich deutsche Exportwaren verteuern und

sich alsbald negativ auf den Handel auswirken. Allerdings sei mit dem Rubel-Einbruch die Wettbewerbsfähigkeit der Ausfuhren aus Russland gestiegen. Auch profitiere Russland vom gestiegenen Ölpreis, weshalb die russischen Staatseinnahmen stärker steigen werden als bislang angenommen. Die gegenwärtige Verunsicherung bei Investoren und daraus folgende geringere Handelsinvestitionen könne man mit dem gestiegenen Ölpreis allerdings nicht ausgleichen.

Die russische Zentralbank setzt jedoch weiter auf ein Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2 Prozent.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

GRÖßERE VERÄNDERUNGEN IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK DURCH EU-HAUSHALT MÖGLICH

EU-Haushaltskommissar Günter Oettinger ist aktuell noch immer mit der Ausarbeitung des neuen EU-Haushalts beschäftigt. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass die Maßnahmen für Drittländer im nächsten Finanzrahmen von 2020-2027 nur bei rund sechs Prozent, d.h. 100 bis 120 Milliarden Euro liegen werden. Aufgrund der Unsicherheit der Finanzierung durch den Brexit scheint dies weniger, als zivilgesellschaftliche Gruppen erwartet hatten. »Mit Blick auf den Brexit hätte es schlimmer kommen können, aber wir müssen uns dennoch fragen, ob diese Ambitionen wirklich ausreichend sind,« sagte Emily Wi-

gens, Interimsdirektorin der Entwicklungsorganisation ONE in Brüssel. Die EU könnte vor allem in Afrika zunehmend an Einfluss verlieren, da dort die Volksrepublik China mit wachsenden Investitionen in Erscheinung tritt. Unmut bereitet auch die Planung der EU-Kommission bislang zwölf existierende Entwicklungsinstrumente in einer einzigen Kreditlinie zusammenzufassen. Nichtregierungsorganisationen fürchten so eine Verwässerung der Entwicklungszusammenarbeit und die Nutzung der Gelder für innenpolitische Prioritäten innerhalb der EU.

ALTE MENSCHEN IN DER EU ARBEITEN MEHR UND DIE ALTERSARMUT STAGNIERT

Die EU-Kommission hat eine neue Untersuchung zur Arbeit und Armut unter Älteren durchgeführt. Demzufolge sind 17,3 Millionen Menschen in der Altersgruppe ab 65 armutsgefährdet, besonders Frauen und Alleinstehende. Im Bericht wird die Frage behandelt, ob die derzeitigen und künftigen Renten »angemessen« seien. Dabei kam raus, dass inzwischen 4,1 Millionen mehr alte Menschen auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, als bei der letzten Erhebung. Allerdings ist die

Gefährdung der Altersarmut unverändert gleich geblieben. Desweiteren wurde festgestellt, dass die Renten und Pensionen von Frauen durchschnittlich 37 Prozent unter denen von Männern liegen, was vor allem an niedrigeren Gehältern und einem kürzeren Erwerbsleben aufgrund von Betreuungs- und Pflegeaufgaben zurückzuführen sei. Zu den Staaten mit dem größten Problem bei sozialer Absicherung im Alter gehören Lettland, Litauen und Estland.

IFO WIRTSCHAFTSKLIMA IM EURORAUM KÜHLT SICH AB

Wirtschaftsexperten schätzen die Lage im EU-Wirtschaftsraum nach wie vor gut ein, allerdings ist der ifo-Index im Vergleich zum vorherigen Monat leicht auf 31,1 Punkte gesunken (Vorquartal: 43,2). Im ersten Quartal wurde allerdings auch der höchste Wert seit 2000 erreicht. Die Erwartungen sind leicht zurückgegangen, womit sich der Aufschwung abschwä-

chen dürfte und es nur noch zu einem Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent kommen könnte. 2017 lag das Wachstum bei 2,4 Prozent. Das Wirtschaftsklima ist in allen Euroraumländern aus Spanien schlechter geworden. Als Ursache für die gedämpfteren Erwartungen wurde vermehrt der Fachkräftemangel angegeben.

OTTO-GROUP VERKLEINERT RUSSLAND GESCHÄFT

Die Otto-Gruppe schließt die von ihnen in Russland betriebenen Plattformen otto.ru und quelle.ru. Das generelle Russland-

geschäft solle aber in Form von Bonprix sowie Logistik- und Marketingdienstleistungen weiterentwickelt werden.

PERSONALIEN

NEUAUFSTELLUNG IM KANZLERAMT

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtschef Helge Braun haben das Kanzleramt neu strukturiert. Eva Christiansen, 48, CDU, leitet die neu geschaffene Abteilung »Politische Planung, Innovation und Digitalpolitik, Strategische IT-Steuerung«. Die Zentralabteilung wird neu von Babette Kibebe, 45, geführt. Für die Geheimdienstaufsicht sind nun Johannes Geismann, 58, und Bernhard Kotsch verantwortlich. Neue Leiterin des Büros von Helge Braun ist Sandra Lehneke, stellvertretende Leiterin wird Julius Eisenreich. Simone Großner übernimmt den Arbeitsstab und das Büro der Staatsministerin für Migration von Annette Widmann-Mauz. Zusätzlich wird das Referat 215 »BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« gebildet.

WARNING IM BMZ

Claudia Warning, 55, ist seit 1. Mai neue Leiterin der Abteilung für »Nahe Osten, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa« im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Abteilung wurde neu geschaffen.

EUROPCAR MIT NEUEM GESCHÄFTSFÜHRER

Stefan Vorndran ist neuer Geschäftsführer der Europcar Autovermietung. Zu seinen Aufgaben zählt der Ausbau der Position auf dem deutschen Markt als auch ein höheres Wachstum.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

BWG-BOTSCHAFTSGESPRÄCH MIT DER FRANZÖSISCHEN BOTSCHAFTERIN DESCÔTES

Gesprächsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche (BWG) zum Thema »Emmanuel Macrons Reformvorschläge für Europa – Was ist daraus geworden?«, unter anderem mit der französischen Botschafterin I.E. Anne-Marie Descôtes. 14. Mai, 18 Uhr, Französische Botschaft, Pariser Platz 5, 10117 Berlin (kostenpflichtig).

WORTE DER WOCHE

»Der Blick des Journalisten fällt durch den Sehschlitz des Panzers. Und der ist nicht sehr groß.«

Friedrich Nowotny, bis 1995 Intendant des WDR in Bezug auf die Kriegsberichterstattung.

»Präsident Trump wird am Ende nichts Unvernünftiges tun. Er pflegt einen Verhandlungsstil, den man so in der Politik bislang nicht kannte. Er steigt damit ein, drakonische Maßnahmen anzukündigen. Aber am Ende steht dann oft eine Lösung mit der beide Seiten gut leben können.«

Der neue Chef der Amerikanisch-Deutschen Handelskammer in Deutschland, Frank Sportolari.

»Wir werden in Deutschland Vollbeschäftigung erreichen – nicht trotz, sondern wegen der Digitalisierung.«

Kanzleramtsminister Helge Braun sieht der Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt optimistisch entgegen. Es dürfte deutlich komplizierter sein.

»Wir werden das Produktionsvolumen nur langsam steigern, um sicherzustellen, dass auch die Qualität unserer Autos stimmt.«

Jack Cheng, Chef des chinesischen Automobilherstellers NIO, die E-Autos produzieren und größer als Tesla werden wollen.

»Er hat den ganzen Brief diktiert. Ich habe ihn nicht geschrieben.«

Harold Bornstein, ehemaliger Arzt von Donald Trump über das Gesundheitszeugnis, dass er ihm im Wahlkampf 2016 ausstellte.

»Man muss ja schon sagen, dass Sanktionen uns Europäern teilweise vorgegeben werden, um anderen Marktteilnehmern Wettbewerbsvorteile zu ermöglichen. Was wir als Knauf spüren, ist, dass die Menschen in Russland weniger Geld haben.«

Manfred Grundke, Geschäftsführender Gesellschafter des Gips-Unternehmens Knauf Gips zu den gegenwärtigen Sanktionen im Wirtschaftsmagazin.

»Ich war überrascht, vor allem darüber, dass Frau Giffey auf dem Ost-Ticket Bundesfamilienministerin wurde. Aber Glückwunsch, sie hat nun die Chance, etwas umzusetzen. Was sie vorher in Neukölln gemacht hat, war erfrischend.«

Berlins ehemaliger Bürgermeister Klaus Wowereit zur Wahl der ehemaligen Bürgermeisterin von Neukölln, Franziska Giffey, ins Bundeskabinett.

»[...] Ich habe schon früh gesagt, dass das US-Geschäft von VW eine Katastrophenveranstaltung ist.«

VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh.

»Widerspruch war früher an zu vielen Stellen karrierefördernd. Die Manager müssen bereit sein, ihre Bedenken und Vorschläge auch über die Hierarchien hinweg zu vertreten. Mit Diess kann man sehr gut diskutieren.«

VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh.

TERMINE

7.-9.5. BERLINER ENERGIETAGE 2018

Tagung des BUND zum Thema »Smart? Chancen und Risiken der Digitalisierung für den Klima- und Ressourcenschutz«, unter anderen mit Prof. Dr. Tilman Santarius von der TU Berlin, Dr. Thomas Engelke von der Verbraucherzentrale Bundesverband, Robert Spanheimer vom Bitkom sowie Dr. Ralph Hintemann und Simon Hinterholzer vom Borderstep Institut für Innovation und Nachhaltigkeit. 9.30 Uhr. Ludwig Erhard Haus, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin (bis 09.05., Anmeldung erforderlich).

10.5. 60 JAHRE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Festveranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema »60 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit«, unter anderen mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert und dem Bundesvorsitzenden der FDP, Christian Lindner. 18 Uhr. STATION-Berlin, Luckenwalder Straße 4-6, 10963 Berlin (nur für geladene Gäste).

9.5. EPIS THINK TANK ZU RUSSLAND

Diskussionsveranstaltung des Epis Think Tank zum Thema »Russlandpolitik im Auswärtigen Amt«. 11 Uhr. Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin (Anmeldung).